

Stiftung der deutschen Wirtschaft (sdw), Studienförderwerk Klaus Murmann | Hasenwinkel, 18. März 2019
Wirtschaft 2025 – Herausforderungen und Chancen der nächsten Jahre

Die zentralen ökonomischen Herausforderungen der nächsten Jahre

Prof. Dr. Stefan Kooths
Prognosezentrum



Institut für Weltwirtschaft (* 1914)



Prognosezentrum

Agenda

- Politische Überreaktion auf technische Entwicklungen
- E(W)U am ordnungspolitischen Scheideweg
- Freihandel vs. Neoprotektionismus
- Reformfelder der nationalen Wirtschaftspolitik

- **Politische Überreaktion auf technische Entwicklungen**
- E(W)U am ordnungspolitischen Scheideweg
- Freihandel vs. Neoprotektionismus
- Reformfelder der nationalen Wirtschaftspolitik

Technischer Fortschritt:
Mehr Evolution als Revolution

- Irreführende Begriffswelten (industrielle „Revolution“)
 - Innovationen: nicht erratisch, sondern bedürfnisgerichtet
 - Umsetzung von Innovationen erfolgt kapitalgebunden
 - Weder Massenarbeitslosigkeit noch -verelendung
- ⇒ **Gefahr der Vereinnahmung durch Partikularinteressen**
- ⇒ **Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand**

Die Kompassnadel des **technischen Fortschritts** zittert zwar, aber sie weist immer in die Richtung der drängendsten, bislang unbefriedigten **menschlichen Bedürfnisse**.

Politische Rahmenbedingungen:
Mögliche erratische Veränderungen
(Neoprotektionismus, Industriepolitik)

Agenda

- Politische Überreaktion auf technische Entwicklungen
- **E(W)U am ordnungspolitischen Scheideweg**
- Freihandel vs. Neoprotektionismus
- Reformfelder der nationalen Wirtschaftspolitik

Foundations matter



- Verspätete Supermacht ...
 - » Skalieren der Nationalstaatlichkeit in die Grenzen der EU
 - » Extern: Verhandlungsstärke durch Gegenmachtbildung (→USA, China)
 - » Intern: Harmonisierung, Zentralisierung, Top-down Identität
 - » Rationalistischer Konstruktivismus (Descartes/Hobbes/Rousseau/Comte)

- ... oder institutioneller Pionier?
 - » Atmender Integrationsprozess mit multiplen Geschwindigkeiten
 - » Extern: Unilateral weltoffener Wirtschaftsraum
 - » Intern: Subsidiarität, Wettbewerb, Bottom-up Identität
 - » Evolutionärer/kritischer Rationalismus (Hume/Smith/Kant/Popper)

Une Europe qui protège?

Festung EU?

Im Gespräch: Muriel Pénicaud, französische Arbeitsministerin

„Hoffentlich hebt Deutschland den Mindestlohn auf unser Niveau“

Die französische Arbeitsministerin Muriel Pénicaud, eine frühere Personalchefin großer Konzerne, erläutert Frankreichs Reformen und Pläne für Europa.

Frau Pénicaud, gehen die Reformen in Frankreich vor dem Hintergrund der „Gelbwesten“-Proteste weiter?

Emmanuel Macron wurde auf der Grundlage eines Programms gewählt, der und seine Regierung stehen gegenüber den Mitbürgern in der Verantwortung, dieses Programm umzusetzen. Im Rahmen unserer indesweiten Debatten hören wir zu, was die Franzosen zu sagen haben. Wobei ich hier nicht von der kleinen Minderheit gewalttätiger Randaktiver spreche. Die Beteiligung an den Debatten hat uns überrascht. Es gab 1,9 Millionen individuelle Beiträge und mehr als 10 000 öffentliche Debatten. Für die Auswertung nutzen wir Künstliche Intelligenz, die Nationalbibliothek wurde beauftragt, handschriftliche Einreichungen zu digitalisieren. Alles wird transparent sein, es handelt sich um ein riesiges demokratisches Labor, kein anderes Land hat dies bisher gemacht. Die Beiträge werden konkrete Konsequenzen haben.

Welche?

Die Debatten einschließlich jener im Parlament dauern bis Mitte April. Danach fallen die Entscheidungen.

Wecken Sie mit den Debatten nicht Hoffnungen, die am Ende nur enttäuscht werden können?

Viele sagten uns am Anfang, die Idee werde nie funktionieren. Doch die Menschen haben Lust zu debattieren, sich einzubringen und Einfluss zu nehmen. Wir waren von der Qualität der Debatten beeindruckt.

Müssen Sie den Leuten aber nicht auch sagen, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können?



Muriel Pénicaud

PHOTO AP

Das tun wir, bei widersprüchlichen Forderungen beispielsweise. Frankreich hat das höchste Steuereinkommen Europas und das höchste Niveau an Umverteilung. Gleichzeitig wollen alle, dass die Schulen umsonst sind, dass das Rentensystem ein Umlagesystem ohne private Beteiligung bleibt, dass der öffentliche Verkehr und die Kulturlandschaft für alle zugänglich sind und dass die öffentlichen

Leistungen in der Nähe jedes Bürgers abrufbar sind. Dennoch sollen die Steuern sinken. Es gibt Grenzen des Möglichen.

Gibt das auch für Europa? Präsident Macron fordert überall nationale Mindestlöhne, aber deren Höhe jährlich gemeinsam verhandelt“ werden soll. Ist Frankreich wirklich bereit, mit anderen

Ländern über seinen hohen Mindestlohn zu verhandeln?

Brüssel oder Europa werden nicht die nationalen Mindestlöhne bestimmen. Aber eine Koordination ist nötig. Europa muss seine Bürger schützen. Daher müssen wir gemeinsam gegen soziales Dumping kämpfen. Wir brauchen mehr soziale und fiskalische Konvergenz.

Auf dem hohen französischen Niveau?

Beim Mindestlohn nähert sich Deutschland uns ja an. Ich hoffe, wir werden in Zukunft das gleiche Niveau erreichen, das wäre nur logisch. Europa muss für die Bürger in ihrem Alltag etwas bringen. Damit die Märkte frei sein können, brauchen wir eine bestimmte soziale Konvergenz. Das heißt nicht Uniformität, denn die Lebensverhältnisse sind unterschiedlich, die Mindestlöhne sollen den jeweiligen Ländern angepasst sein. Doch wir brauchen einen Sockel, damit die Menschen anständig von ihrer Arbeit leben können. Die verschiedenen Sozialniveaus haben ja etwa auch Auswirkungen auf Wanderbewegungen innerhalb der EU.

Unsere Bürger verstehen nicht, wenn man sich innerhalb von Europa Konkurrenz macht; Europa muss wirtschaftlich und sozial stark sein gegenüber den Vereinigten Staaten und China. Durch soziales Dumping verlieren alle, denn es verzerrt die Wettbewerbsbedingungen. Das sieht man besonders beim Thema der Arbeitnehmer-Entsendung in Europa, bei dem im Ausland arbeitende Arbeitnehmer die Sozialversicherung ihres Heimatlandes behalten dürfen. Bei der Entsendung dieser Entsendung haben wir erhebliche Fortschritte erreicht.

Wie wirken sich die „Gelbwesten“-Proteste auf Ihre Aufgaben als Arbeitsministerin aus?

Unsere Reformen waren kaum Gegenstand der Proteste. Eher war eine Ungeduld zu spüren, dass wir raschere Ergebnisse brauchen. Die Massenarbeitslosigkeit, mit der wir seit dreiüßig Jahren konfrontiert sind, ist ein Kernanliegen von Emmanuel Macron. Unsere Reformen richten sich auf das Arbeitsrecht, die berufliche Bildung, den Umbau der Arbeitslosenversicherung und die Gleichstellung von Frauen. Die ersten Erfolge sind zu sehen. Gewerkschaften und Arbeitgeber

dürfen nun auf Ebene der Unternehmen oder der Branchen etwa über Arbeitszeit, Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln. Mit dieser Dezentralisierung nähern wir uns Deutschland und den nördlichen Ländern an. Beim Arbeitsrecht haben wir die Höhe der Abfindungen eingegrenzt, so dass im Fall von Trennungen mehr Rechtssicherheit herrscht. Viele Mitarbeiter sagen mir jetzt: „Wir haben keine Angst mehr einzustellen.“ Seit wir an die Regierung kamen, ist die Arbeitslosenquote von 9,7 auf 8,8 Prozent gesunken. Im vergangenen Jahr schufen wir im Saldo 160 000 neue Stellen, darunter auch wieder Industrie-Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit ist weiter zu hoch; einer der Gründe ist, dass durch die relativ starke Geburtenrate immer noch viele junge Menschen auf den Arbeitsmarkt strömen. Es gibt noch zu tun.

Gleichzeitig suchen viele französische Unternehmen händeringend Mitarbeiter.

Es von zwei Unternehmen hat Schwierigkeiten, kompetente Beschäftigte zu finden. Daher wollen wir etwa die Lehrberufe attraktiver machen, die in neuem Bereich wie der IT, so wenig und sozial stark sein gegenüber den Vereinigten Staaten und China. Durch soziales Dumping verlieren alle, denn es verzerrt die Wettbewerbsbedingungen. Das sieht man besonders beim Thema der Arbeitnehmer-Entsendung in Europa, bei dem im Ausland arbeitende Arbeitnehmer die Sozialversicherung ihres Heimatlandes behalten dürfen. Bei der Entsendung dieser Entsendung haben wir erhebliche Fortschritte erreicht.

Fehlt es den französischen Unternehmen an Ausbildungskultur?

Ein Problem war, dass viel Ausbildung ausgelagert wurde. Wir haben jetzt ergründet, dass die Unternehmen ihre eigenen Ausbildungsstellen gründen. Die ersten werden schon aktiv.

Warum wird der Lehrberuf in Frankreich oft noch als „Garagenweg“ angesehen?

Langs Zeit wurde in Frankreich die intellektuelle gegenüber dem Praktischen und die Theorie gegenüber der realen Erfahrung als überlegen angesehen. Wenn Lehrer über die Berufsweg ihrer Schüler bewertet wurden, erhielten sie die schlechtesten Noten, sobald Schöler einen Lehrberuf anmahnen. Man hat der Lehre in den Unternehmen auch als möglichen administrativen Knippen zwischen die Beine geworfen. Ein großer Teil des dafür vorgesehenen Geldes ging in andere Verwendungen. All das haben wir geändert oder sind dabei, es zu tun.

Emmanuel Macron wurde vorgeworfen, dass er die Sozialpartner übergehe und alles zentralisiere.

Das stimmt nicht. Ich habe Hunderte von Stunden mit Gewerkschaften und Arbeitgebern verhandelt; dieser Prozess geht weiter. Bei der Reform der Arbeitslosenversicherung haben sich die Sozialpartner nicht einigen können, daher kommt das Thema jetzt gemäß der bestehenden Gesetze zur Regierung zurück. Wir werden die Arbeitslosenversicherung aber nicht verstaatlichen. Wir legen nur in Abstimmung mit den Sozialpartnern die Bedingungen fest.

Welche Rolle spielt die Gleichberechtigung der Frauen?

Eine große. Unter den „Gelbwesten“ befanden sich viele alleinerziehende Frauen, die mit ihrem Einkommen nicht auskommen. Seit 47 Jahren müssen nach dem Gesetz in Frankreich Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Doch bei gleicher Arbeit erhalten Frauen immer noch 9 Prozent weniger, und sie haben schlechtere Aufstiegschancen. Wir geben den 40 000 Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern nun drei Jahre, um das zu korrigieren. Geschlecht das nicht, gibt es finanzielle Sanktionen. Wir veröffentlichten jetzt auch eine Rangliste über die besten und schlechtesten Unternehmen in dieser Frage, und wir zwingen die großen Unternehmen, selbst zu kommunizieren, etwa wie viele Frauen es unter ihren zehn Spitzenverdienern gibt. Einige Unternehmen haben selber schnell Reformen angekündigt, denn sie wollen Talente anlocken. Den jungen Leuten sind diese Fragen sehr wichtig.

Die Fragen stellte Christian Schubert.

„Unsere Bürger verstehen nicht, warum man sich innerhalb von Europa Konkurrenz macht; Europa muss wirtschaftlich und sozial stark sein gegenüber den Vereinigten Staaten und China.“

Quelle: FAZ, 18.3.2019, S. 19

Europäische Integration: Musterbeispiel Währungsunion

Euro at 20: Point of departure (Maastricht)

- Replicating the role model of the Bundesbank
 - » Capitalizing on the Bundesbank's hard-currency reputation
 - » Sharing decision competencies among affected countries
- Primary mandate: Price stability (⇒ inflation targeting)
 - » 1999: Inflation below 2-percent, two-pillar approach
 - » 2003: Inflation below but near 2-percent, downgrading monetary pillar
- Independence of the Eurosystem
 - » Strong legal framework
 - » Monetary-fiscal-asymmetry as a bonus ("gold standard without gold")
- Fiscal firewalls
 - » Ban on monetary government financing
 - » No bail-out (neither by Member States, nor by EU/EMU institutions)
- Stability and Growth Pact
 - » Fiscal discipline via additional rules (not only via capital markets)
 - » Undermining no bail-out clause/fostering overconfidence

Institution building

Consensus



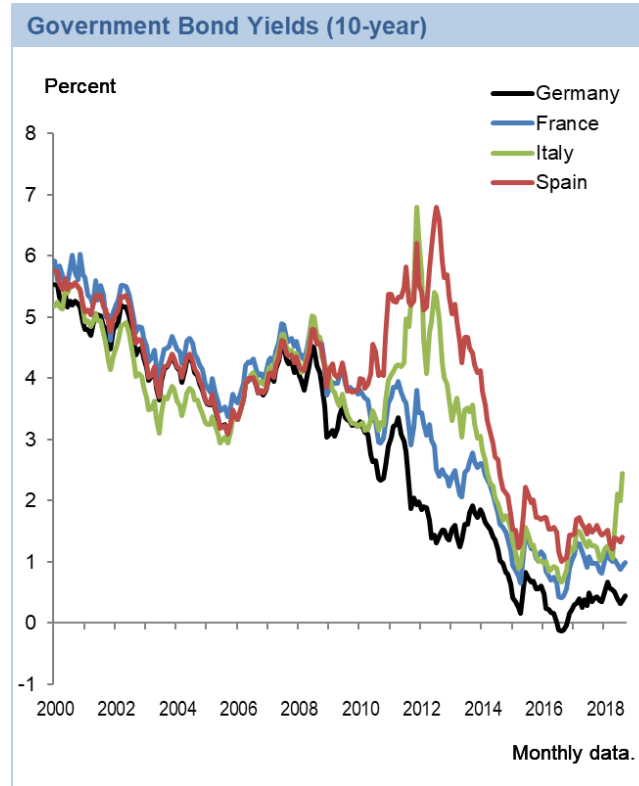
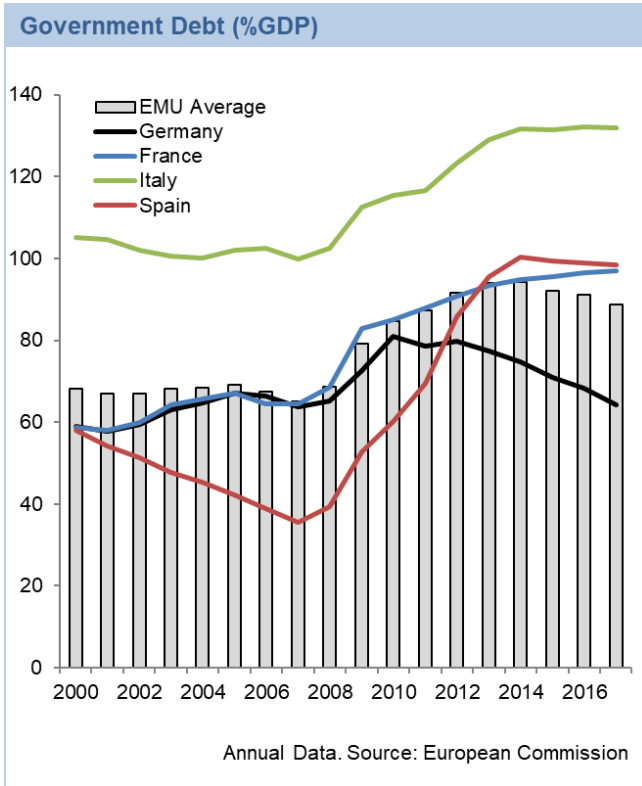
Institutions

Twenty years of common monetary policy ...
... the half of which in crisis mode

Eurosystem: Uncharted territory, side-effects

- Ensuring the survival of the monetary union
 - » Monetary policy preconditioned on preservation of the currency
 - » Reducing risk premia/interest rates on government debt
 - ⇒ **Lines between monetary mandate and fiscal policies blur**
- Monetary balance-of-payments financing (T2-imbbalances)
 - » Refinancing distressed banks
 - » Asymmetric money creation, massive liquidity injections
 - ⇒ **Damage to principle of liability (investors vs. tax payers)**
- Prolonged ultra-low interest rate policy
 - » “Buying time” for structural reforms and fiscal consolidation
 - ⇒ **Incentives for reforming and consolidating wane**
 - ⇒ **Retarding restructuring, new distortions (“zombification”)**

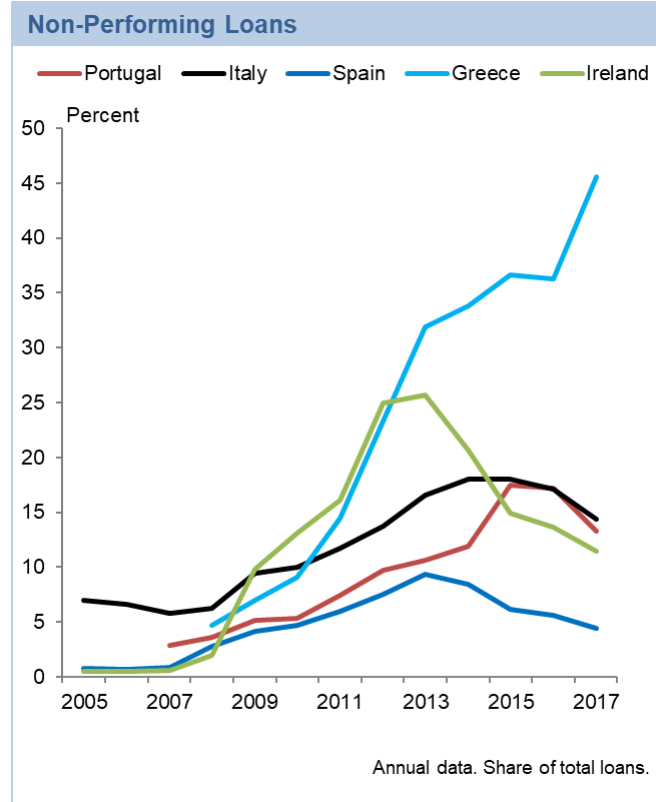
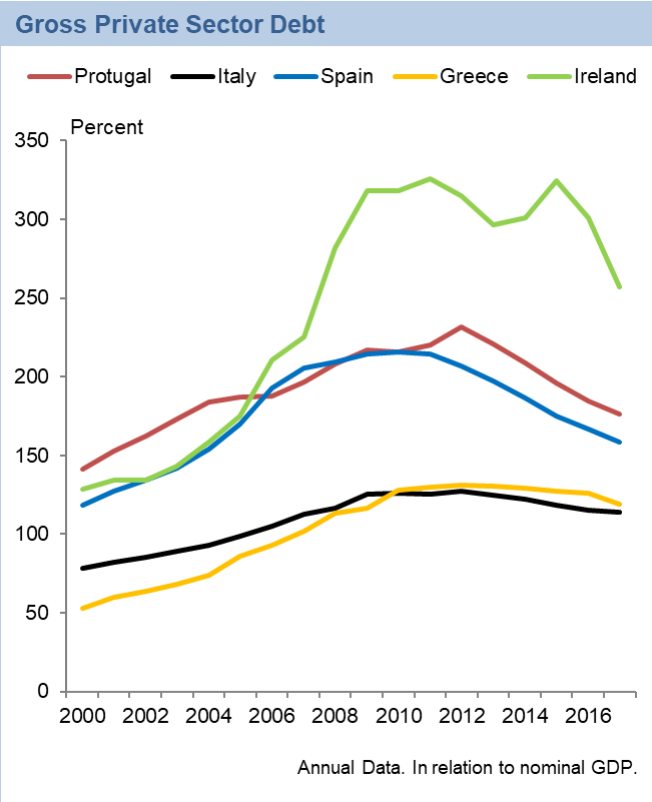
Fiscal consolidation – enough progress made?



- (Historically) High public debt levels
- (Historically) Low government financing cost

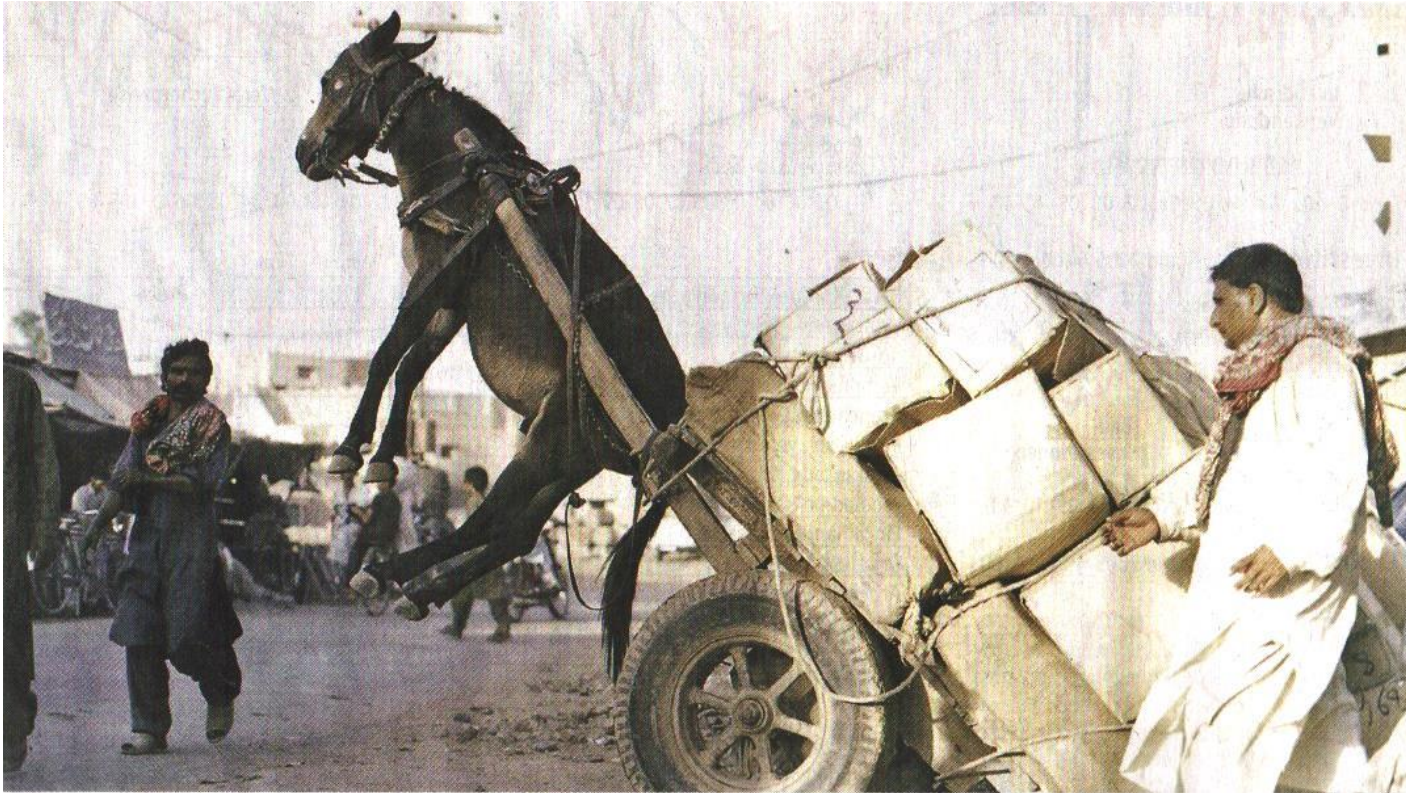
⇒ Legacy of the crisis (I)

Flipside of not liquidating



⇒ Legacy of the crisis (II)

Monetary policy: Overloaded



Source:
FAZ, 26 Oct. 2011, p. 11

“Only when the tide goes out
do you discover who has been swimming naked.”

Two ways forward

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">■ Maastricht 2.0<ul style="list-style-type: none">» Rules» No bailout» Fiscal discipline via capital markets» Decentral macro stabilization by solvent member states» No monetary government financing | <ul style="list-style-type: none">■ Monetary and Fiscal union<ul style="list-style-type: none">» Discretion» Mutualized debt» Conditionality of fiscal support» Macro stabilization on EMU level (risk sharing)» (Temporary) monetary government financing |
| <ul style="list-style-type: none">» Financial stability via bail-in buffers and de-privileging public debtors | <ul style="list-style-type: none">» Financial stability via bail-in buffers and common backstops |
| ⇒ Diversity, competition | ⇒ Harmonization, deepening |



Common ground: Banking Union/Capital Markets Union

The legacy-restart-nexus

Restart
(new framework)
requires
resolution of legacy problems



Resolution of legacy problems
(debt overhang)
requires
consensus on new framework

The world watches.

- Politische Überreaktion auf technische Entwicklungen
- E(W)U am ordnungspolitischen Scheideweg
- **Freihandel vs. Neoprotektionismus**
- Reformfelder der nationalen Wirtschaftspolitik

Kapitalprotektionismus “made in Germany”



Unternehmensübernahmen: Chinesische Gefahr?

- KUKA, OSRAM & Co: Keine nationale Technologie
- Unternehmen haben keinen Pass
- Kein Ausverkauf, sondern Höchstpreise
- Technologieverkauf als Teil des Innovationszyklus
- Globale Wissensdiffusion via Kapitalverflechtung
- Gemeinwohl \neq Interessen der Exportwirtschaft
- Reziprozitätslogik überdenken

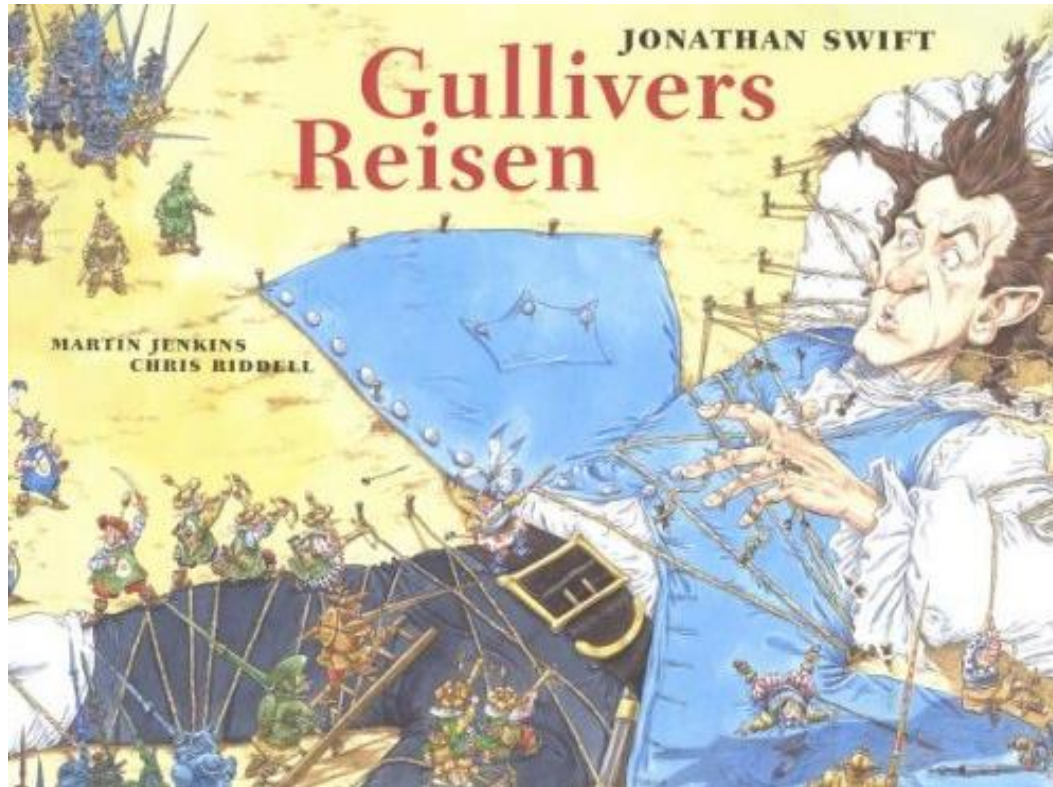
Globale Handelskonflikte

- Welthandelsordnung
 - » WTO geht auch ohne die USA (wenn auch schlechter) ...
 - » ... unilateraler Freihandel geht immer
- Donald Trump als Episode
- Kapitalverflechtung im transatlantischen Wirtschaftsraum
- Retorsionslogik überdenken

Agenda

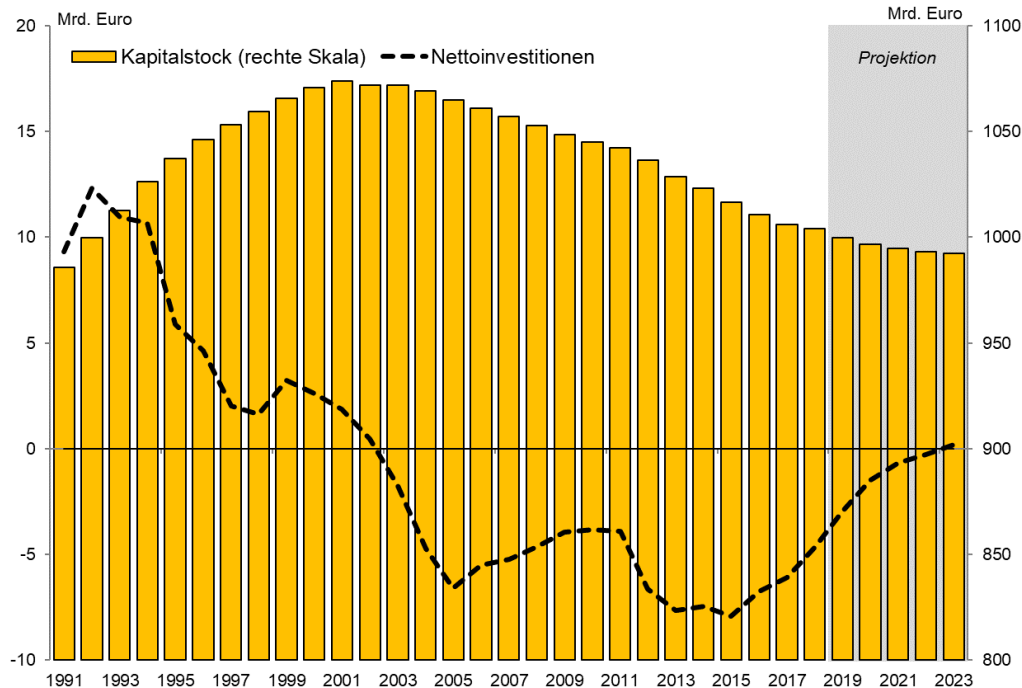
- Politische Überreaktion auf technische Entwicklungen
- E(W)U am ordnungspolitischen Scheideweg
- Freihandel vs. Neoprotektionismus
- **Reformfelder der nationalen Wirtschaftspolitik**

- Überwindung der Massenarbeitslosigkeit macht Hartz-Gesetze nicht obsolet (im Gegenteil)
 - » Erfolg des Kombination „Fördern und Fordern“ vielfach belegt
 - » Anforderungen an Arbeitslose entschärfen sich endogen
 - » Hartz-Reformen: Keine „Medizin“, sondern „Fitnessprogramm“
- „Fördern mit Zusatzanreizen“ läuft auf höhere Lohnersatzraten hinaus
- Bedingungsloses Garantieeinkommen verkennt Steuerungssignale des marktwirtschaftlichen Preissystems
- Hohe Transferentzugsraten im unteren Einkommensbereich sind weiterhin das zentrale Problem



- Mindestlöhne
- Entgelttransparenz
- Mietpreisbremse
- Brückenteilzeit
- SV-Vorauszahlung
- ...

Infrastruktur und Staatsverschuldung



Jahresdaten.
Kapitalstock: Nettoanlagevermögen des Staates, Nichtwohnbauten, preisbereinigt (Referenzjahr 2010),
Nettoinvestitionen: Staat, Nichtwohnbauten, in jeweiligen Preisen.

- Infrastruktur: Verstetigung statt prozyklischer Fehldosierung
- Staatsschulden: Schuldenbremse steht Investitionen nicht im Wege

Zeit für Q&A



Prof. Dr. Stefan Kooths
Leiter Prognosezentrum

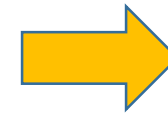
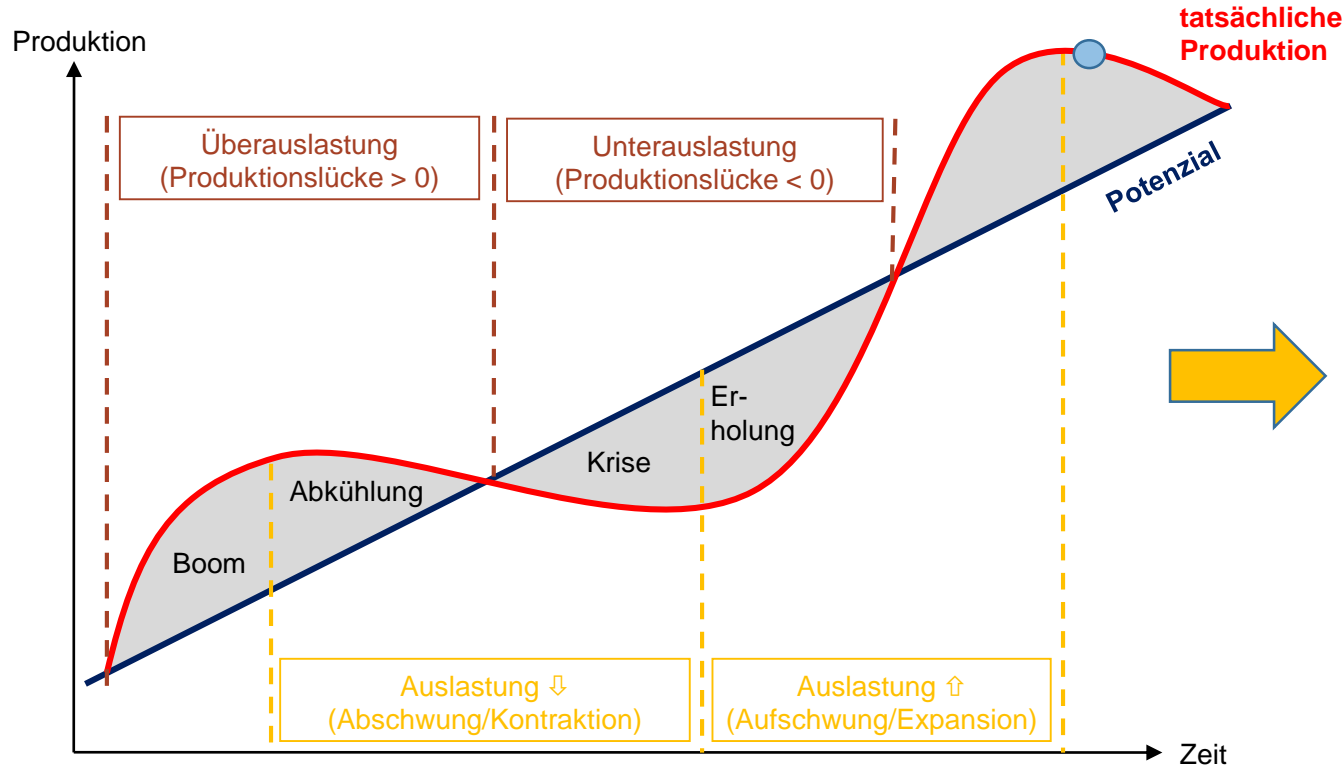
T +49 431 8814-579
F +49 431 8814-525
M stefan.kooths@ifw-kiel.de

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de



Das stilisierte Bild



Daueraufschwung
weder möglich
noch stabilitäts-
gerecht